

Griechenland und die Krise der Eurozone

Jannis Milios

1. Griechenland 2008-12: Wirtschaftskrise und die kapitalistische Offensive

Die globale kapitalistische Krise ist wahrscheinlich die größte seit dem Weltkrieg. Jedoch, ist die Krise des griechischen Kapitalismus stärker als in den meisten europäischen bzw. entwickelten kapitalistischen Ländern. Der kumulative Rückgang des Bruttoinlandproduktes seit 2008 beträgt 13% in konstanten Preisen, was die größte Rezession seit dem 2. Weltkrieg bedeutet. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg von 8,5% in 2007 auf 21% am Ende von 2011. Die Bruttokapitalinvestitionen wurden auf das Niveau von 1997 vermindert.

Die herrschenden Klassen versuchen die Ausbeutung der Arbeitskraft zu erhöhen und den Sozialstaat abzubauen, um die Last der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse und der Selbständigen zu legen. Die Löhne wurden zwischen 2010-11 im Durchschnitt um 15% in reeller Kaufkraft vermindert. Ca. 30% der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze.

Es scheint, dass die Regierenden und ihre Berater sich verschätzt haben, was das Ausmaß und die Dauer der Krise betrifft. Am Anfang glaubte man, dass die Krise international 2010 zu Ende gehe und infolgedessen auch Griechenland zum Wachstum zurückkehren und seine Staatsfinanzen in den Griff bekommen würde. Der „Gewinn der Krise“ wäre die Abschaffung jeglichen Schutzes der Arbeit, die Veränderungen im Sozialversicherungswesen und die Privatisierung öffentlichen Eigentums gewesen, die im und mit dem Schock der Krise durchgesetzt werden könnten.

Die Situation änderte sich, sobald sich zeigte, dass es sich nicht um eine Bankenkrise handelte, sondern um eine echte Wirtschaftskrise (d.h. um eine Überakkumulationskrise). Der Einbruch der Staatseinnahmen infolge der verminderten Wirtschaftstätigkeit und die Unmöglichkeit, infolge der Arbeitslosigkeit, der Rettungsaktionen für die Banken und der Zinszahlungen für die öffentliche Schuld die

Staatsausgaben entsprechend zu vermindern, ließen das Haushaltsdefizit auf fast 15 Prozent des BIP anwachsen.

Bis Ende 2009/Anfang 2010 gab es noch Möglichkeiten, einen Ausweg aus der Fiskalkrise zu finden. Die Zinsen für griechische Staatsanleihen waren noch niedrig und die zweite Bankenkrise noch nicht ausgebrochen. Eine schnelle Steuerreform, die hohe Einkommen, große Vermögen – wenn nötig in konfiskatorischer Höhe – und den Luxuskonsum entsprechend den Bedürfnissen der Staatsfinanzen belastet hätte, hätte zu einer Lösung geführt.

Jedoch hatten bürgerliche Kräfte andere Pläne. Schon als Oppositionsführer hatte Giorgos Papandreou Gespräche mit dem damaligen IWF-Direktor Strauss-Kahn über eine Intervention des Fonds in Griechenland geführt. Bald nach seinem Wahlsieg sprach er öffentlich von der „maroden“ griechischen Wirtschaft und der Unfähigkeit des griechischen Staates, die Krise zu meistern.

Die internationalen Märkte hatten dann das Investitionsrisiko in griechischen Wertpapieren als hoch bewertet und deren Zinssätze sind in die Höhe geschossen. Kurz danach wurde das Memorandum über die so genannte Stabilisierungshilfe zwischen der „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission und der griechischen Regierung unterschrieben.

Seit Mitte 2011, als die Schuldenkrise der Staatsfinanzen, auf Grund der Rezession und des Beharrens auf einer Steuerpolitik, die ständige Erleichterungen für das Kapital brachte, sich verschärfte, verhandelte die Troika mit der griechischen Regierung und mit Banken und Fonds über einen Schuldenerlass („Haircut“) in Höhe von 100 Milliarden Euro seitens des „privaten Sektors“ und ein neues Kreditpaket in Höhe von 130 Milliarden Euro von der Troika. Die Voraussetzung für das zweite Kreditpaket war ein neues Sparprogramm, das unter anderen die Verminderung des Mindestlohns von 749 auf 585 Euro, d.h. um 22% enthielt.

2. Die Ursachen der akuten Wirtschaftskrise in Griechenland

Die akute Krise des griechischen Kapitalismus ist nicht daraus entstanden, dass es ihm an Dynamik gefehlt hätte, oder dass er vom deutschen bzw. „Nord-europäischen“ Kapitalismus niederkonkurriert wurde. Ganz im Gegenteil, ist die heutige Krise

gewissermaßen ein Resultat der spezifischen Dynamik, die der griechische Kapitalismus im Rahmen der Eurozone erlangte.

Die Intensität der Krise ist im Zusammenhang mit drei Faktoren zu erklären:

- Dem extremen Charakter von bestimmten Seiten der neoliberalen Politiken, die während der zwei letzten Jahrzehnte von den griechischen Regierungen geübt wurden.
- Der Unterschätzung von seitens der griechischen Regierung der Intensität der globalen Überakkumulationskrise und der Rolle der Finanzmärkte, als Disziplinierungsmechanismen auf der Basis der konstanten Wiederevaluierung des (finanziellen) Risikos.
- Der Struktur der Eurozone, die sogar die schnelle Konvergenz des Entwicklungsniveaus der EU Länder begünstigte, jedoch auch Asymmetrien entwickelte, die das Euro-Gebäude verletzlich machen.

3.1 Steuerpolitik und Staatsschulden als Klassenpolitik

Der griechische Kapitalismus entwickelte sich mit sehr hohen Wachstumsraten, während der anderthalb Jahrzehnte vor der Krise. Im Zeitraum 1995-2008 erlebte Griechenland einen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 61,0%, Spanien von 56,0% und Irland von 124,1%, ganz im Gegensatz zu dem, was mit den mehr entwickelten europäischen Volkswirtschaften geschah. Das BIP-Wachstum im gleichen Zeitraum betrug 19,5% für Deutschland, 17,8% für Italien und 30,8% für Frankreich.

Jedoch schwankte die Staatsschuld Griechenlands während der ganzen Periode um die 100% des BIP, d.h. sie blieb prozentual fast konstant. Das war das Ergebnis, einerseits einer ständigen Verminderung der Steuerkoeffizienten für Großunternehmen und –vermögen und andererseits der graduellen Abschaffung der Kontrollmechanismen gegen Steuerhinterziehung, auf dessen Basis ein Klassenbündnis zwischen Großkapital und den Mittelklassen errichtet wurde.

Wenn in Griechenland die Besteuerung des Kapitals in der Höhe des europäischen Mittelwerts gelegen hätte, dann hätte der Staat zwischen 1998-2008 zusätzlich 95 Milliarden Euros eingesammelt. Fast die Größe des 1. „Hilfepakets“. Dann

wäre Griechenland mit einem Schuldquotienten zum BIP von 88% statt 115% in die Krise gegangen.

3.2. Die Krise als „Chance“ fürs Kapital

Die bürgerlichen Parteien und insbesondere die seit Oktober 2009 regierende „sozialistische“ PASOK, haben die Krise unterschätzt, und sie vor allem als eine Chance betrachtet, um Maßnahmen durchzuführen, die alle bürgerliche Regierungen in den letzten 20 Jahren durchzusetzen versuchten, die jedoch ständig am Widerstand der Betroffenen scheiterten.

Kurz nach der Verabschiedung des 1. Memorandums, äußerten Regierungsvertreter, dass die Troika – wenn es sie nicht gäbe – erfunden werden müsste. Noch heute nehmen bürgerliche Politiker und Journalisten in öffentlichen Äußerungen eher am Tempo der Maßnahmen Anstoß als an deren Inhalt.

Allen Informationen nach, wurde das Troika-Programm zum größten Teil von griechischen Politikern bzw. Unternehmerverbänden geschrieben. Die griechische Regierung sowie die EU Behörde haben alle Mittel benutzt, um die Bedingungen für die Unterzeichnung und Durchsetzung des Programms zu schaffen. Diese Schlussfolgerung bekräftigt der Athener Staatsanwalt für Wirtschaftskriminalität. Er hat eine Untersuchung eingeleitet, die klären soll, ob 2010 auf Druck von Eurostat und der griechischen Regierung das griechische Amt für Statistik Zahlen gefälscht hat, damit ein höheres Staatsbudgetdefizit herauskommt – um auf diese Weise leichter Sparmaßnahmen durchsetzen zu können.

Jedoch macht die prekäre Existenz eines ständig wachsenden Anteils der Bevölkerung die Existenz der bürgerlichen Macht, und insbesondere der politischen Vertretungsbeziehungen auf denen sie stützt, auch prekär. Das werden wir am Ende dieses Aufsatzes diskutieren.

3.3. Die Struktur der Eurozone

Der Euro hat ein strategisches Ziel, das den herrschenden Klassen in der gesamten Eurozone ein ist: Die Liberalisierung des Waren- und des Kapitalverkehrs und die Intensivierung der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen, als Mittel um die Arbeitskraft „elastischer“ zu machen und die Umstrukturierung ökonomischer und politischer Verhältnisse zu Gunsten des Kapitals zu erreichen.

Die WWU bringt eine extreme Variante der Strategie in der internationalen Konkurrenz hervor, die auf der ständigen „Anpassung“ der Arbeit beruht. Daraus folgt, dass die WWU-Strategie eine bestimmte Art der Organisation der kapitalistischen Macht ist.

Es ist weithin bekannt, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Verbindung mit festen Wechselkursen (oder besser einer einheitlichen Währung) notwendigerweise den Verlust über die Kontrolle der Geld- und Kreditpolitik nach sich zieht. Damit wird eine wirtschaftliche Umwelt geschaffen, welche die traditionelle Wohlfahrtspolitik zerstört. Dass die Produktivität schneller zunimmt als die Reallöhne, ist die Voraussetzung, die gewährleistet, dass die Kapitalakkumulation fortgesetzt werden kann.

Der Binnenmarkt hat also alle europäischen Kapitalismen im Klassenkampf mit der Arbeiterklasse begünstigt. Jedoch hat er auch eine typische Asymmetrie zwischen den europäischen Sozialformationen geschaffen, die Ähnlichkeiten mit dem hat, was in der Geschichte des Kapitalismus die „holländische Krankheit“ genannt wurde: Diejenigen Gesellschaftsformationen die im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe nationale Profitrate und daher auch überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielten (und das ist vor allem bei Irland, Griechenland und Spanien der Fall), wurden gleichzeitig mit einer positiven Kapital- und einer negativen Handelsbilanz konfrontiert.

Die Symbiose von Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau unter der gleichen Währung (und derselben Geldpolitik) hat in einem hohen Masse die unterschiedlichen Wachstumsraten und die Profitabilität beeinflusst. Das relativ schnelle Wachstum der sog. „Peripherie“ (zusammen mit dem moderaten Wachstum des sog. „Zentrums“) reduzierte deutlich die Entwicklungsluft zwischen den europäischen Staaten und Regionen.

Gleichzeitig wurden die höheren Wachstumsraten in den sog. „peripheren“ EU-Volkswirtschaften sowohl von einer schnellen Senkung der Kosten von inländischen Anleihen und einem deutlichen Zustrom ausländischer Ersparnisse (in verschiedenen Formen) begleitet. Dies verursachte anhaltende Überschüsse in der Kapitalbilanz. Die gleichzeitigen Defizite in den Leistungsbilanzen spiegeln genau diese Erhöhung der Binnenmarktnachfrage und den Zufluss von ausländischen Investitionen (insb. Portfolio Investitionen) wider.

Diese Art der Symbiose im EU Binnenmarkt ist instabil und anfällig für eine Neubewertung des finanziellen Risikos von seitens der Geldmärkte. Die Wirtschaftskrise resultierte also in einem Stopp der Kapitalströme nach Griechenland und den anderen Staaten „hohen Risikos“, die jetzt die Zahlungsbilanzdefizite hauptsächlich durch Anleihen finanzieren müssen.

Auf der Basis der obigen Analyse, finde ich die These, dass eine Erhöhung der bis jetzt stagnierenden deutschen Löhne, eine wichtige Rolle zur Bekämpfung der Asymmetrien der Eurozone spielen könnte, eher vereinfachend. Die stagnierenden Löhne zeigen ein bestimmtes Kräfteverhältnis der Klassen an. In anderen Worten, sie spiegeln das bestimmte Niveau und die bestimmte Geschichte der kapitalistischen Ausbeutung in der deutschen Gesellschaftsformation wider. Wie Karl Marx schrieb: „Die Darstellung von Mehrwert und Wert der Arbeitskraft als Bruchteilen des Wertprodukts – eine Darstellungsweise, die übrigens aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst erwächst und deren Bedeutung sich später erschließen wird – versteckt den spezifischen Charakter des Kapitalverhältnisses, nämlich den Austausch des variablen Kapitals mit der lebendigen Arbeitskraft und den entsprechenden *Ausschluß des Arbeiters vom Produkt*. An die Stelle tritt der falsche Schein eines Assoziationsverhältnisses, worin Arbeiter und Kapitalist das Produkt nach dem Verhältnis seiner verschiedenen Bildungsfaktoren teilen“ (K.I, Kap. 16).

M.E., ist der Kausalitätspfeil wie folgt: Seit den 70er Jahren hat das deutsche Kapital den technologischen Vorsprung auf dem Weltmarkt verloren; die deutschen Kapitalisten mussten ihre Profitspanne senken, um ihre Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt zu erhalten; seit der „Wiedervereinigung“ ist es dem deutschen Kapital aber

gelingen, die Löhne zu drücken, und die Profitspanne wieder zu erhöhen. Das ist aber eine „andere Geschichte“, die nicht zur heutigen Diskussion gehört.

Was ich hier eher betonen möchte, ist folgendes: Die Widersprüche, die sich durch die Krise verschärft haben, sind eher soziale Konflikte als Staats- bzw. nationale Konflikte. Wenn Merkel den griechischen Premierminister Papademos rät oder ihn ermahnt, dann versucht sie nicht die Vorherrschaft Deutschlands über Griechenland zu erreichen, dann arbeitet sie vielmehr an der Durchsetzung eines Konzepts, das den Klasseninteressen der griechischen und der europäischen Bourgeoisie entspricht.

3. Massenmobilisierungen und die abnehmende Legitimität der bürgerliche Parteien (einschließlich der PASOK)

In den ersten März-Tagen 2010, als die Regierung mit der Zahlungsunfähigkeit drohte, war die Bevölkerung schockiert. Außerdem protestierte die Gewerkschaftsführung nur lahm und zeigte sich unwillig, die Lohnabhängigen zu mobilisieren. Erst langsam bildete sich der Widerstand, vor allem als das Ausmaß der Einschnitte bekannt wurde (die bei weitem nicht so drastisch waren wie das, was in den Jahren 2011 und 2012 folgte). Erst im Mai 2010 kam der Widerstand richtig in Gang mit Massendemonstrationen und Streiks.

Bei einer der größten Kundgebungen im Athener Stadtzentrum wurden Brandsätze gegen ein Bankgebäude geworfen; vier Menschen, die sich darin aufhielten, kamen im Feuer um. Dies hat sich für lange Zeit auf die Mobilisierung ausgewirkt. Abscheu oder auch Angst hielt viele Menschen von der Teilnahme an weiteren Demonstrationen ab.

Ein Höhepunkt der Bewegung waren – nach ägyptischem und spanischem Vorbild – die Besetzungen öffentlicher Plätze in den meisten griechischen Städten. Parallel gab es tägliche Auseinandersetzungen in Betrieben, in den Schulen und Hochschulen, in den Wohnvierteln, usw. Auf den besetzten Plätzen blieben ganze Nächte lang oft Tausende, die heftig und lang über Fragen der Wirtschaftspolitik, über Demokratie, über den Charakter der EU und der Währungsunion diskutierten; es wurden Fachleute bestellt, die Referate hielten, über die dann diskutiert wurde – nach strengen

Regeln, ohne Zwischenfälle oder Streit. Besonders kontrovers wurde die Frage der parlamentarischen Arbeit diskutiert. Es fanden tatsächlich Lernprozesse statt. Abgeordnete und Funktionäre der Linken lernten, dass sie sich nicht einfach aufstellen und den Menschen sagen konnten, wo es lang geht. Sie konnten aber auch über die Notwendigkeit der parlamentarischen Arbeit diskutieren und viele davon überzeugen, dass diese Sinn und Zweck hat. Inzwischen ist es so, dass sich praktisch nur noch Politiker der Linken öffentlich zeigen können.

Ergebnis der Protest- und Widerstandsbewegung war, dass die Regierung praktisch zweimal gestürzt wurde. Im Juni 2011 nahm der Ministerpräsident allerdings seinen Rücktritt nach sechs Stunden zurück, als klar wurde, dass keine Koalition gebildet werden konnte und dass bei Wahlen die bürgerlichen Parteien auf ein historisches Tief absinken würden. Fünf Monate später war es dann soweit. Nachdem am 28. Oktober Demonstranten in mehreren Städten die Militärparade zum griechischen Nationalfeiertag verhindert hatten, verkündete Papandreou ein Referendum über das Abkommen mit der Troika. Das sollte im Januar oder Februar stattfinden. Viele Politiker seiner sozialistischen Partei, darunter auch Minister, verweigerten ihm die Gefolgschaft, ein Minister erklärte sogar, dass dieses Referendum (das doch sein Ministerpräsident verkündet hatte) nicht stattfinden werde.

Das Referendum hatte Erpressungscharakter: Wenn Ihr nicht zustimmt, gehen wir pleite, und es können keine Renten mehr bezahlt werden; das implizierte die unwahre Behauptung, dass die griechischen Steuereinnahmen nicht für die laufenden Ausgaben reichen würden. Sie reichen aber durchaus, wenn man aufhört, die Staatsschuld zu bedienen und die Militärausgaben um 20% kürzt. Wie auch immer, auch so war der Ausgang des Referendums ungewiss – daher die Aufregung in der Regierungspartei, aber auch in Brüssel, Berlin und Paris. Merkel und Sarkozy forderten, das Referendum mit der Frage des Verbleibs Griechenlands in der Eurozone zu verbinden oder überhaupt abzusagen. Nun war klar, dass die Regierung nicht mehr weiterkonnte, und es wurde die Dreiparteienkoalition aus Sozialisten (PASOK), Konservativen (Nea Demokratia) und Rechtsaußen (LAOS) gebildet. Bei der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten, des Bankiers Papademos, wurde eindeutig die Verfassung gebrochen – ebenso wie die Geschäftsordnung des Parlaments. Aber auch die (erfüllte) Forderung der Troika an alle

Regierungsparteien, sich schriftlich für alle Zukunft auf den Sparkurs der Troika zu verpflichten, schränkt die parlamentarische Demokratie ein, weil die innerparteiliche Willensbildung nicht mehr frei ist und die Wähler keine echte Alternative mehr haben werden. Diese Methode wurde auch in Irland, Portugal, Spanien und Italien angewandt – sie ist die institutionelle Absicherung der TINA (There Is No Alternative)-Doktrin. Diese Situation hat eine politische Krise verursacht, die das bürgerliche Parteiensystem in Griechenland mit noch unabsehbaren Folgen erschüttert.

Als die Schuldenkrise des Staates sich fortsetzte, wurde ein zweites „Hilfepaket“ für Griechenland verabschiedet, unter der Bedingung weiterer Austeritätsmaßnahmen gegen die Lohnabhängigen. Am 12.2.2012, den Tag der Verabschiedung des „Pakets“ im griechischen Parlament, hatten 400.000 bis 500.000 Menschen in Athen gegen die Koalitionsregierung demonstriert. Die brutale Gewalt der Polizei konnte bis spät in der Nacht die Demonstrationen nicht auflösen.

Nach der Einigung dieses zweiten „Hilfspakets“ für Griechenland schlägt Euro-Gruppenchef Jean Claude Juncker einen eigenen EU-Kommissar für das Land vor. Dieser solle mit dem Aufbau der griechischen Wirtschaftsstruktur beauftragt werden.

4. Die Aussichten

Die Krise veränderte schnell die politische Szene. Nach Meinungsumfragen von Januar und Februar 2012, erreichen die beiden bis jetzt regierenden Parteien, die konservative Nea Demokratia und die PASOK, maximal 30% der Stimmen, und denselben Anteil erhalten auch die linken Parteien.

Die bürgerlichen Parteien scheinen sich dafür entschieden zu haben, in den nächsten Monaten allgemeine Wahlen abzuhalten, einerseits um die Legitimation des Parlaments wieder herzustellen und andererseits um den Einfluss der Linken nicht noch größer werden zu lassen.

In dieser labilen politischen Situation, sind mehrere Möglichkeiten denkbar: Mehrere Wahlen, bis es möglich wird, eine Koalitionsregierung der bürgerlichen Parteien zu bilden, ein Aufstand wie im Dezember 2008 aber vielleicht mit stärkerer Teilnahme der Arbeiterklasse, oder sogar eine Regierung der Linken.

Griechenland ist so stark in sein internationales Umfeld – d.h. vor allem in die

EU – eingebunden, dass ein nationalstaatlicher Ausweg aus der Krise kaum möglich ist. Insofern, aber auch aus Gründen linken Selbstverständnisses, ist auch eine linke Politik nur in einem europäischen Rahmen möglich, d.h. sie bleibt zwar nationale Politik, weil die Nationalstaaten Politik betreiben, sie muss aber die europäische Dimension mit einbeziehen, vor allem die Vernetzung des europaweiten Widerstands und seine Einbindung in eine europäische Perspektive.

Für die Linken muss das Ziel nichts weniger sein als eine massive Bewegung gegen Neoliberalismus und Kapitalismus, zur Transformation der griechischen und europäischen Gesellschaft auf der Basis der sozialen Bedürfnisse und der Solidarität.